

**Anlagenreferat**

GZ: BHBM-87207/2023-21

Ggst.: **Böhler Immobilien GmbH, 8605 Kapfenberg**
Oberflächenentwässerungsanlage,
Gst. Nr. 172/16, 163/4, 160 und 411/1, KG St. Martin
Wasserrechtliche Überprüfung (WRG 1959)

Bearbeiter: Mag. Silke Romirer/RU
2. Stock, Zimmer-Nr. 217

Tel.: 03862/899 DW 213

Fax: 03862/899 DW 550

E-Mail: bhbm@stmk.gv.at

**Montag bis Freitag 08.00-12.30 Uhr
und nach Vereinbarung**

E-Mail: bhbm@stmk.gv.at

Bruck a. d. Mur, am 05.05.2026

Kundmachung

Mit Bescheid der Bezirkshauptmannschaft Bruck/Mürzzuschlag vom 05.09.2023, GZ: BHBM-87207/2023 wurde der Böhler Immobilien GmbH, Kendlbachstraße 11a, 8605 Kapfenberg, die **wasserrechtliche Bewilligung** für die retentierete Einleitung von Oberflächenwässer (Dachflächen) sowie für die Verrieselung und Einleitung gereinigter Sickerwässer über einen bestehenden Regenwasserkanal in den Thörlbach (betroffene Grundstücke Nr. 172/16, 163/4, 160 und 411/1, je KG St. Martin) im Maß von 11,5 l/s bzw. 243 m³/d, nach Maßgabe der mit dem Genehmigungsvermerk versehenen Projektunterlagen und unter Zugrundelegung des in der Begründung enthaltenen Befundes **befristet bis 31.12.2053**, unter Einhaltung und Erfüllung von Auflagen **erteilt**.

Mittlerweile wurde die **Bauvollendung** und die **Inbetriebnahme** der Oberflächenentwässerungsanlagen bei der Bezirksverwaltungsbehörde **angezeigt**.

Zur Erhebung des Sachverhaltes und Prüfung der **Übereinstimmung** der Anlage mit der erteilten Bewilligung wird im Sinne der §§ 40 bis 44 Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 und des § 121 Abs. 1 i.V.m. §§ 98 Abs. 1 und 105ff des Wasserrechtsgesetzes 1959 **eine mündliche Verhandlung samt Ortsaugenschein**

am Dienstag den 19. Mai 2026

mit dem Zusammentritt am Parkplatz Mariazeller Straße 25, 8605 Kapfenberg

um 08:30 Uhr anberaumt.

Verhandlungsleiterin (BHBM):
Wasserbautechnischer Amtssachverständiger (BBLOO):

Mag. Silke Romirer
DI Robert Stritzl

Es wird höflich ersucht:

- den **Amtsorganen Zutritt zum Gelände** zu gewähren, am **Ortsaugenschein** teilzunehmen, offene Fragen zum Projekt zu beantworten und.
- **Räumlichkeiten** zur Aufnahme einer **Verhandlungsschrift** im Anschluss an den **Ortsaugenschein** zur Verfügung zu stellen.

Hinweis:

Beteiligte können persönlich zur mündlichen Verhandlung kommen, an ihrer Stelle einen Bevollmächtigten entsenden oder gemeinsam mit ihrem Bevollmächtigten zu uns kommen.

Bevollmächtigter kann eine eigenberechtigte natürliche Person, eine juristische Person oder eine eingetragene Personengesellschaft sein. Personen, die unbefugt die Vertretung anderer zu Erwerbszwecken betreiben, dürfen nicht bevollmächtigt werden.

Der Bevollmächtigte muss mit der Sachlage vertraut sein und sich durch eine schriftliche Vollmacht ausweisen können. Die Vollmacht hat auf Namen oder Firma zu lauten.

Eine schriftliche Vollmacht ist nicht erforderlich,

- wenn es sich bei dem Bevollmächtigten um eine zur berufsmäßigen Parteienvertretung befugte Person - z. B. einen Rechtsanwalt, Notar oder Wirtschaftstreuhänder – handelt,
- wenn es sich bei den Bevollmächtigten um Familienmitglieder (bzw. Angehörige, Haushaltsangehörige, Angestellte, Funktionäre von Organisationen), die uns bekannt sind, handelt und kein Zweifel an der Vertretungsbefugnis besteht,
- wenn Beteiligte gemeinsam mit ihren Bevollmächtigten zu uns kommen.

Die für das Verfahren eingereichten **Pläne und sonstigen Behelfe** liegen bis zum Tag vor der örtlichen Erhebung bei der Bezirkshauptmannschaft Bruck-Mürzzuschlag, II. Stock, Zimmer-Nr. 217, während der Parteienverkehrszeiten zur Einsicht **nach telefonischer Terminvereinbarung** (03862/899 DW 211) auf.

Wir weisen darauf hin, dass die Verhandlung – abgesehen von dieser Bekanntmachung – durch persönliche Verständigung der uns bekannten Beteiligten am Verfahren und durch

- Anschlag an der Amtstafel sowie
- Bekanntmachung auf der Homepage der Bezirkshauptmannschaft Bruck-Mürzzuschlag kundgemacht wurde.

Als Beteiligter beachten Sie bitte, dass Sie, soweit Sie Einwendungen gegen den Gegenstand der Verhandlung nicht **spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung** bei der Behörde bekannt geben **oder während der Verhandlung** vorbringen, **insoweit Ihre Parteistellung verlieren**.

Wenn Sie jedoch durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert waren, rechtzeitig Einwendungen zu erheben und Sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Verschuldens trifft, können Sie binnen **zwei Wochen nach Wegfall des Hindernisses**, das Sie an der Erhebung von Einwendungen gehindert hat, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der **rechtskräftigen Entscheidung** der Sache, bei uns Einwendungen erheben. Diese Einwendungen gelten dann als rechtzeitig erhoben. Bitte beachten Sie, dass eine längere Ortsabwesenheit kein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis darstellt.

Der Bezirkshauptmann:
i.V.

Mag. Silke Romirer
(elektronisch gefertigt)